



Niederschrift 47. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 24.01.2019
Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 18:30 Uhr
Ort, Raum: Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr David Kolesnyk	SPD	Sitzungsleitung
---------------------	-----	-----------------

Ausschussmitglieder

Frau Frauke Frehse-Sevran	anerkannter freier Träger	
Herr Dirk Harder	anerkannter freier Träger	ab 16:33 Uhr
Herr Matthias Kaiser	CDU/ANW	
Frau Irene Kamenz	Bürgerbündnis-FDP	
Herr Björn Karl	CDU/ANW	
Herr René Kulke	DIE aNDERE	
Herr Thomas Liebe	anerkannter freier Träger	
Herr Nico Marquardt	SPD	
Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	
Herr Frank Otto	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Ute Parthum	anerkannter freier Träger	
Herr Bodo Ströber	anerkannter freier Träger	
Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE	ab 16:35 Uhr

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Julia Schultheiss	anerkannte freie Träger	
------------------------	-------------------------	--

beratende Mitglieder

Herr Lutz Boede	Migrantenbeirat	
Frau Dr. Kristina Böhm	Öffentlicher Gesundheitsdienst	
Herr Alexander Gehl	Polizeiinspektion Potsdam	
Herr Robert Witzsche	Kita-Elternbeirat	
Frau Julia Laabs	Kreiselternerat	ab 16:40 Uhr
Herr Mak Kljunic	Jugendvertretung	
Herr Reiner Pokorny	Komm. Jugendamtsleiter	

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Rüdiger Schmolke	anerkannter freier Träger	entschuldigt
-----------------------	---------------------------	--------------

beratende Mitglieder

Frau Rita Franke	Amtsgericht Potsdam	entschuldigt
------------------	---------------------	--------------

- 6.5 Mitgliedschaft im AFET Bundesverband für Erziehungshilfe e.V.
Vorlage: 18/SVV/0814
Oberbürgermeister, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie
- 6.6 Krippen- und Kindergartenplätze in Babelsberg
Vorlage: 18/SVV/0889
- 7 Offene Themen aus dem Jahr 2018
- 8 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn David Kolesnyk.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 29.11.2018 und vom 13.12.2018 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Kolesnyk stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 14 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Herr Kolesnyk stellt die Niederschrift zur Sitzung vom 29.11.2018 zur Abstimmung.

Die Niederschrift wird **mehrheitlich bestätigt**.

Herr Kolesnyk stellt die Niederschrift zur Sitzung vom 13.12.2018 zur Abstimmung.

Herr Ströber erinnert daran, dass er um mehr Informationen zum Offenen Kunstverein gebeten. Herr Kolesnyk sagt zu, diesbezüglich bei Herrn Dalichow nachzufragen.

Die Niederschrift wird **mehrheitlich bestätigt**.

Herr Kolesnyk schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 6.3 vorzuziehen und im Anschluss an TOP 3 zu behandeln, da Frau Aibel aufgrund eines langfristig geplanten Paralleltermins die Sitzung vorzeitig verlassen muss .

Frau Kamenz bittet um Informationen zur Beschulung von Flüchtlingskindern.

Herr Otto verweist auf seine Nachfrage, die er am 07.01.2019 per E-Mail an den Unterausschuss Jugendhilfeplanung sowie die Verwaltung des Jugendamtes geschickt hat und bittet um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie erfolgt die Flächensuche für künftige Kitas?
2. Inwieweit erfolgt die Flächensuche nach einer einigermaßen validen Sozialraumanalyse, die prognostisch zu erwartende Kinderzahlen und andere Entwicklungen im Sozialraum abbildet?
3. Inwieweit werden bei der Planung die sich verändernden Kinderzahlen über einen längeren Zeitraum berücksichtigt, also Gebäude gebaut, die ohne großen Aufwand später einer anderen Nutzung zugeführt werden können?
4. Inwieweit werden bei der Planung Synergien z.B. durch Errichtung von Familienzentren, Pflegestützpunkten, Schaffung von Verhinderungspflegeplätzen u.ä. berücksichtigt und gefördert?
5. Wird auch in Gegenden gesucht, in der absehbar keine Bedarfe für eine Kindertagesbetreuung vorhanden sind, jedoch KIS-Objekte bereit stehen? Wenn ja, was ist dafür der Grund?
6. Inwiefern erfolgt eine Unterrichtung des JHA über die bereits erfolgte Suche, deren Ergebnisse und Probleme durch Herrn Wernicke?

Herr Kolesnyk bittet um Abstimmung über die so geänderte Tagesordnung.

Der so geänderten Tagesordnung wird **einstimmig zugestimmt**.

zu 3 Informationen des Jugendamtes

Frau Aubel informiert, dass Herr Dr. Reiner Pokorny seit dem 01.01.2019 kommissarisch als Leiter des Fachbereich 23 „Bildung, Jugend und Sport“ eingesetzt ist. Herr Tölke hat sich im Rahmen der Umstrukturierung gegen die Fachbereichsleitung ausgesprochen und ist nun mit anderen Aufgaben innerhalb des Geschäftsbereichs Bildung, Kultur, Jugend und Sport betraut. Die Ausschreibung der Fachbereichsleiterstelle erfolgt jetzt, so dass im Herbst 2019 mit der Besetzung gerechnet werden kann.

Es wurde eine neue Arbeitsgruppe „Strategie“ im Fachbereich Bildung, Jugend und Sport geschaffen, die sich u.a. mit Synergien befasst. In der Arbeitsgruppe sollen die übergreifenden Themen bearbeitet werden.

Der Bereich „Hoheitliche Jugendhilfe“ bleibt unverändert. Aus den Bereichen „Regionale Kinder- und Jugendhilfe“ und „Kindertagesbetreuung“ wurde das Finanzierungsthema herausgelöst. Dafür wurde ein gesonderter Bereich „Finanz- und Vertragsmanagement“ unter der Leitung von Frau Desch installiert.

Neu ist auch der Bereich „Bau und Betreib Kita/Schule“. Frau Aubel betont, dass alle neu geschaffenen Führungspositionen kommissarisch besetzt sind.

Es wird eine Organisationsuntersuchung mit Befragung der Mitarbeiter durchgeführt. Dabei sollen zunächst die virulenten Themen identifiziert werden. In einem zweiten Schritt soll die Behebung angegangen werden.

Derzeit erfolgt die Befragung, um zu erfahren, wo die neue Struktur problematisch ist.

Herr Otto weist darauf hin, dass der Jugendhilfeausschuss Teil des Jugendamtes ist und bei bestimmten Themen einbezogen werden muss.

Herr Kulke fragt, wann die Organisationsuntersuchung beendet ist und ob sich diese nur an die Mitarbeiter richtet oder auch auf die Träger bezieht.

Frau Dr. Müller bittet um Untersetzung des Bereichs Familie, Freizeit und Sport und welche Strukturen dort Arbeitsgrundlage sind.

Frau Aubel stimmt dem zu, dass die Strukturveränderung dem Jugendhilfeausschuss frühzeitig vorzustellen ist. Aufgrund der Haushaltssystematik ist eine Strukturveränderung nur zum Beginn eines Jahres möglich. Aufgrund der Entscheidung, die Struktur zum 01.01.2019 zu verändern, gab es einen sehr kurzen zeitlichen Vorlauf und daher keine Möglichkeit einer früheren Erörterung im Jugendhilfeausschuss. Sie ist bereit, auftretende Schwierigkeiten mit dem Jugendhilfeausschuss zu kommunizieren.

Frau Aubel erklärt, dass in einem zweiten Schritt der Organisationsuntersuchung die externen Akteure und Träger befragt werden sollten. Derzeit erfolgt aber nur die Befragung der Mitarbeitenden der Verwaltung. Zum aktuellen Zeitpunkt kann noch keine Aussage getroffen werden. Zum Quick-Check könne in der März-Sitzung im Jugendhilfeausschusses berichtet werden. Dort können dann noch Hinweise gegeben werden, was in die Untersuchung aufgenommen werden soll. Zum Bereich Familie, Freizeit und Sport erklärt Frau Aubel, dass es sich derzeit nur um den Sport handelt. Perspektivisch soll ein Familienbüro eingerichtet werden. Hier soll im Rahmen der Organisationsuntersuchung überprüft werden, wie die Umsetzung erfolgen kann.

Frau Frehse-Sevran hätte sich gewünscht, dass die Umstrukturierung einen Monat später erfolgt wäre, um auch den Jugendhilfeausschuss einbinden zu können.

Frau Aubel weist darauf hin dass aufgrund der Haushaltssystematik für die Umstrukturierung nur das Haushaltsjahr, also der Wechsel zum 01.01.2019 oder zum 01.01.2020 möglich war.

Herr Otto verweist auf die Schnittstellen der Jugendhilfe zum Sozialbereich, die jetzt im Sozialbereich verortet sind. Er macht deutlich, dass auch hier der Jugendhilfeausschuss ein Mitspracherecht hat.

Frau Aubel erklärt, dass auch die Zuständigkeit für die Fälle nach § 35a SGB VIII im Rahmen der Organisationsuntersuchung mit betrachtet werden und dabei geprüft wird, ob die derzeitige Verortung so beibehalten werden soll.

Frau Parthum fragt, wo nach der Umstrukturierung die Jugendhilfeplanung angesiedelt ist. Sie weist darauf hin, dass in der Jugendförderung Richtlinien verändert werden sollen und fragt, ob dies weiter verfolgt werden könne.

Daraufhin erklärt Frau Aubel, dass dieser Prozess weiter geführt werden kann. Die Jugendhilfeplanung ist in der Arbeitsgruppe „Strategie“ des Fachbereichs Bildung, Jugend und Sport angesiedelt.

Frau Aubel verweist auf die als Tischvorlage ausgereichte Präsentation, die am 21.01.2019 den Trägern vorgestellt wurde. Sie gibt Erläuterungen zur Präsentation.

Herr Weyh bedankt sich bei Frau Aubel für die Verbindlichkeit.

Herr Liebe bedankt sich bei Frau Aubel für die in der Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung am 14.01.2019 ausgesprochene Entschuldigung.

Herr Harder fragt, ob es bei der Rückzahlung der Elternbeiträge einen Unterschied bei der Verwaltungspauschale zwischen den großen und den kleinen Trägern gibt.

Frau Aubel plädiert für einen Betrag beim Verwaltungsaufwand, möchte aber das Votum der AG nach § 78 SGB VIII abwarten.

Herr Otto spricht die Richtlinie über die Leistungen an Pflegeeltern an und weist darauf hin, dass eine erneute Prüfung für erhöhte Aufwendung in einer Hilfefkonferenz und eine Wiederholung alle zwei Jahre enthält. Diese Mehrfachprüfung wird durch Pflegeeltern angesichts der vorhandenen Pflegegutachten sowie Pflegegradeinstufungen kritisiert. Er fragt, ob diese Überprüfungen ggf. reduziert werden können.

Frau Aubel erklärt, dass ihr die Thematik bekannt ist. Sie sagt zu, dies zu prüfen. Sie plädiert dafür, zu prüfen, ob bei Kindern mit einer Behinderung mit einer konstanten Ausprägung die wiederholten Überprüfungen entfallen können. Bei einem vorhandenen Entwicklungspotential sollte die Überprüfung erfolgen. Sie sagt zu, die Richtlinie grundsätzlich zu überprüfen.

Herr Wollenberg spricht den Beschluss zur Fortführung des Potsdamer Kinderstadtplans an.

Frau Aubel erklärt, dass es unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Mittel im Haushaltsjahr 2019 nur möglich ist, die für das Projekt veranschlagten 10.000 Euro bereitzustellen. Unter Vorbehalt der Haushaltsdiskussion 2020/2021 ist geplant, Mittel in Höhe von 30.000 Euro einzustellen.

Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass laut Beschluss eine Aussage getroffen werden, wie eine Lösung gefunden werden kann, nicht ob eine Lösung gefunden werden kann.

Herr Kolesnyk teilt mit, dass die Verwaltung dazu eine Mitteilungsvorlage erarbeitet hat, die in der Februarsitzung des Jugendhilfeausschusses auf die Tagesordnung gesetzt werden kann.

Frau Kamenz spricht den Einzelfall eines 12jährigen Syrischen Flüchtlings an, der perfekt deutsch spricht und dringend nach einer weiterführenden Schule sucht.

Frau Aubel bittet um Übermittlung der Kontaktdaten.

Herr Ströber macht darauf aufmerksam, dass die Schulzuweisung durch das Staatliche Schulamt erfolgt.

Herr Kulke fragt nach der Zusage von Herrn Schubert zur Stellenschaffung. Wie viele Stellen gehen davon in das Jugendamt.

Frau Aubel kann zu den einzelnen Stellen keine Aussage treffen, sagt aber zu, dass die entsprechende Mitteilungsvorlage für die Stadtverordnetenversammlung am 30.01.2019 durch Frau Spyra an die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses per E-Mail geschickt wird.

Frau Spyra verschickt die Mitteilungsvorlage dazu.

Herr Kaiser fragt, ab wann es Informationen zum Thema kommunale Kita gibt.

Frau Aubel informiert, dass im Frühjahr 2019 dazu eine erste Information vorgelegt werden kann.

zu 4 **Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII**

Herr Liebe berichtet über die Sitzung des **Unterausschusses Jugendhilfeplanung** vom 15.01.2019.

Der Unterausschuss hat sich mit dem Antrag des Arche e.V. zur Anerkennung nach § 75 SGB VIII befasst. Die formalen Voraussetzungen für die Anerkennung sind erfüllt. Somit wird diese empfohlen.

Des Weiteren hat sich der Unterausschuss mit der neuen Struktur befasst. Die Träger empfinden die fehlende Transparenz des Prozesses als „stilllos“. Es wurde durch mehrere Mitglieder des Unterausschusses kritisiert, dass der Jugendhilfeausschuss nicht in die strukturellen Veränderungen einbezogen wurde. Außer der Information von Frau Aibel in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 13.12.2018 ist zur Strukturveränderung keine Kommunikation erfolgt.

Der Auftrag ist nach wie vor die Erstellung eines Jugendhilfeplanes. Dazu müssen in der Verwaltung ausreichende Ressourcen vorhanden sein. Die Erstellung des Planes bis zur Kommunalwahl kann durch die Verwaltung nicht zugesagt werden.

Der Unterausschuss hat sich auch mit der Auswertung der Dezembersitzung des Jugendhilfeausschusses und dem Ausblick auf die Januarsitzung befasst. Es wurde dabei festgestellt, dass die meisten der noch offenen Themen an den neuen Jugendhilfeausschuss übergeben werden sollten.

Herr Ströber ergänzt, dass der Unterausschuss darum bittet, auch die freien Träger über die Strukturveränderung zu informieren.

Herr Kolesnyk bittet die anwesenden Trägervertreter, dass neue Organigramm an die Träger zu verteilen. Es wird auch online verfügbar sein.

Der Bericht der **AG Kita** liegt schriftlich vor und wird als Anlage zur Niederschrift ausgereicht.

zu 5 **Bericht der Jugendvertretung und des Kita-Elternbeirates**

Herr Witzsche bedankt sich bei Herrn Dr. Pokorny und insbesondere bei Frau Aibel, da nun die Rückzahlungen der zu viel entrichteten Elternbeiträge auf einem guten Weg sind. Er fragt nach der Information des Jugendamtes an die Kita-Träger zu den Eigenleistungen. Des Weiteren spricht er die Rechtaufichtsbeschwerde des MBS an. Die Antwort wurde zum 07.12.2018 zugesagt. Liegt diese vor?

Herr Witzsche verweist darauf, dass sich die neue Empfehlung für die Elternbeitragsordnung um ein Jahr verschieben soll. Er fragt, ob dabei auch eventuelle Konflikte mit einem möglichem Landesgesetz zur Beitragsfreiheit berücksichtigt werden.

Des Weiteren bittet er um nähere Informationen zur falschen Berechnung Elternbeitragsordnung und ggf. um Ausreichung der Niederschrift der Sitzung des Finanzausschusses, in der dies besprochen wurde.

Frau Elsaßer erklärt, dass die Eigenleistungen ausschließlich durch den Kita-Träger zu erbringen sind. Dies wurde so auch in der Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII so besprochen. Sie sagt zu, dies schriftlich dem Kita-Elternbeirat zuzusenden.

Herr Liebe ergänzt, dass eine freiwillige Leistung von Eltern aber durchaus legitim ist.

Herr Kolesnyk verweist darauf, dass im Jugendhilfeausschuss am 13.12.18 der Mittelabfluss des Jugendamtes dargestellt wurde. Hierbei wurde auch auf die finanziellen Auswirkungen im Zusammenhang mit der Elternbeitragsordnung hingewiesen.

Frau Elsaßer teilt mit, dass die Antwort des MBS zur Rechtsaufsichtsbeschwerde zugesagt wurde.

zu 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 6.1 Moratorium BUGA-Volkspark

Vorlage: 18/SVV/0260

Fraktion DIE aNDERE

Herr Kolesnyk verweist auf die als Tischvorlage ausgereichten Voten des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr vom 22.01.2019 und des Hauptausschusses vom 23.01.2019 zur DS 18/SVV/0735 „Konkretisierung der Ziele für den Entwicklungsbereich Bornstedter Feld“. Er fragt, ob aus Sicht des Jugendhilfeausschusses mit Beschluss der DS 18/SVV/0735 der Antrag 18/SVV/0260 erledigt ist.

Herr Boede spricht dagegen, aus seiner Sicht gibt es hier eine große Entwicklung und somit erhebliche Bedarfe. Da muss durch die Verwaltung gegengesteuert.

Herr Kolesnyk erinnert daran, dass dies alles in dem Vortrag von Frau Rabbe am 13.12.2018 im Jugendhilfeausschuss abgeräumt wurde.

Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass im Hauptausschuss eine Erläuterung anhand von Karten erfolgt ist. Wichtig für sie ist die Aussage, dass die Forderungen des Jugendhilfeausschusses berücksichtigt wurden und eine Änderung des B-Planes nicht erforderlich ist. Dann ist der Antrag aus ihrer Sicht durch verwaltungshandeln erledigt.

Sie regt an, dass durch die Verwaltung eine Erläuterung dazu erfolgt.

Herr Kolesnyk schlägt vor, dass Frau Spyra die Präsentation allen JHA-Mitglieder zur Verfügung stellt.

Herr Kolesnyk bittet um Abstimmung darüber, dass der vorliegende Antrag durch Verwaltungshandeln erledigt ist.

**Abstimmungsergebnis:
mehrheitlich angenommen.**

zu 6.2 Maßnahmenplan zum Psychiatriekonzept der Landeshauptstadt Potsdam 2018

Vorlage: 18/SVV/0882

Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Gesundheit

Frau Magnussen (FB Soziales und Gesundheit) stellt mit Unterstützung einer Präsentation den Maßnahmenplan zum Psychiatriekonzept vor. Sie erläutert den

Prozess zum Maßnahmenplan und geht dann auf die Inhalte ein. Frau Magnussen weist darauf hin, dass es eine aktuelle Erhöhung der Zuwendung durch das MASGF gibt.

Abschließend macht sie auf den Online-Wegweiser Seelische Gesundheit aufmerksam.

Herr Otto verweist auf die geplante Entwicklung des Gemeindepsychiatrischen Verbundes. Er hätte eine gern Analyse dessen gehabt, was es bereits gibt.

Er spricht das Votum der PSAG zum Maßnahmenplan an und verweist auf die Stimmenthaltungen.

Frau Magnussen erklärt, dass es 14 Zustimmungen und 4 Enthaltungen gegeben hat. Zu den Gründen für die Enthaltungen können nur Mutmaßungen angestellt werden.

Sie verweist auf den regen Austausch mit dem Jugendamt zu den Lebensbereichen „Gesunde Kinder und Familien“ und „Gesunde Jugend“.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Maßnahmenplan zum Psychatriekonzept der Landeshauptstadt Potsdam 2018 gemäß Anlage.

**Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.**

zu 6.3 Klarheit bei den Kita-Gebühren

Vorlage: 17/SVV/0798

Fraktionen SPD und CDU/ANW

JHA (ff)

- Wiedervorlage -

Herr Dr. Pokorny stellt anhand einer Präsentation die Arbeitsgruppe Elternbeitragsordnung und Betriebskostenabrechnung vor sowie die einzelnen Mitglieder. Anschließend geht er auf die 4 Arbeitspakete ein und gibt Erläuterungen. Danach stellt er den Zeitplan vor.

Herr Otto fragt, ob dies auch funktioniert, wenn durch das Land die Beitragsfreiheit beschlossen wird.

Herr Dr. Pokorny betont, dass dies im Blick ist.

Herr Kolesnyk weist darauf hin, dass es nun möglich wäre, dass es landesweite Empfehlungen für Beitragsfreiheit geben kann.

Herr Weyh macht darauf aufmerksam, dass einige Betriebskostenabrechnungen noch nicht bearbeitet werden konnten, weil noch Klagen anhängig sind.

Frau Aubel macht deutlich, dass hierzu die Gespräche mit den Trägern gesucht werden, um zumindest den größten Teil der Betriebskostenabrechnungen abzuschließen.

Herr Liebe nimmt Bezug auf eine Anfrage des Kita-Elternbeirates mit der Bitte um Klärung, ob der pflichtige Bereich Schule oder der freiwillige Bereich Kita für die Essensversorgung im Hort herangezogen wird.

Frau Aubel sagt die Klärung zu.

Herr Kolesnyk erinnert an den Änderungsvorschlag zur vorliegenden Drucksache, der nochmal allen JHA-Mitgliedern als Tischvorlage zur Verfügung gestellt wurde. Er weist darauf hin, dass der Oberbürgermeister und die Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung darum gebeten haben, die noch offenen älteren Vorlagen bis zum Ende der Wahlperiode abzuschließen.

Herr Wollenberg plädiert dafür, die Vorlage 17/SVV/0798 für **erledigt durch Verwaltungshandeln** zu erklären.

Herr Kolesnyk und Herr Karl erklären sich für die Antragssteller damit einverstanden, sofern die Verwaltung zusagt, bei der weiteren Bearbeitung des Themas die Punkte der Vorlage zu berücksichtigen.

Herr Dr. Pokorny sagt dies zu.

Herr Kolesnyk bittet um Abstimmung darüber, dass der vorliegende Antrag durch Verwaltungshandeln erledigt ist.

**Abstimmungsergebnis:
mehrheitlich angenommen,**

zu 6.4 Auswahlverfahren und -kriterien Kita Gartenstraße, 14476 Potsdam

Vorlage: 18/SVV/0420

Oberbürgermeister, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie
- Wiedervorlage -

Herr Dr. Pokorny informiert, dass für den Betrieb einer Kita in kommunaler Trägerschaft noch eine Vorlaufzeit benötigt wird und dies deshalb erst zum Kita Jahr 2020/2021 möglich ist. Deshalb sollte in der heutigen Sitzung der Beschluss zum Auswahlverfahren für die Kita Gartenstraße gefasst werden.

Herr Kolesnyk erinnert daran, dass die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses für die Auswahlkommission bereits benannt sind. Die Regionale Jugendhilfe AG 1 muss noch einen Vertreter bzw. eine Vertreterin benennen.

Herr Liebe erklärt seine Befangenheit und nimmt nicht an der Debatte sowie der Abstimmung teil.

Herr Weyh erklärt, dass die Regionale Jugendhilfe AG 1 am 13.02.2019 tagt und sich dann damit befassen wird.

Herr Ströber bittet im Protokoll festzuhalten, dass es zum Betrieb einer kommunalen Kita durchaus unterschiedliche Meinungen gibt.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Herr Kolesnyk die vorliegende Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss beschließt:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein nicht förmliches Auswahlverfahren für einen Träger zum Betreiben der durch den Kommunalen Immobilien Service neu zu errichtenden Kindertagesstätte in

- der Gartenstraße, 14476 Potsdam durchzuführen.
2. Die Grundlage für das nicht förmliche Auswahlverfahren bildet der Beschluss „Bedarfsplan für Kindertagesbetreuung der Landeshauptstadt Potsdam 2017/2018“ (DS 17/SVV/0849). Die geplante Einrichtung im Kita-Bedarfsplan enthalten. Ebenso wurde der Fachbereich Kinder, Jugend und Familie im Rahmen des Beschlusses (DS 17/SVV/0849) mit dem bedarfsgerechten Ausbau von Kindertagesbetreuungsangeboten (gem. §§ 1, 12 KitaG und § 80 SGB VIII) beauftragt.
 3. Der Jugendhilfeausschuss bestätigt die Prüfkriterien (Anlage 1) zur Auswahl des Trägers.
 4. Eine Auswahlkommission prüft und bewertet die Bewerbungsunterlagen auf der Grundlage der vorgenannten Prüfkriterien. Die Auswahlkommission ist zu bilden aus:
 - drei VertreterInnen des Jugendhilfeausschusses,
 - drei VertreterInnen des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie,
 - einen Vertreter/einer Vertreterin der AG nach § 78 SGB VIII (Regionale JH-AG1)
 5. Das Votum der Auswahlkommission dient dem Jugendhilfeausschuss zur abschließenden Entscheidung über die Trägerschaft.

Abstimmungsergebnis:
mehrheitlich angenommen.

zu 6.5 Mitgliedschaft im AFET Bundesverband für Erziehungshilfe e.V.

Vorlage: 18/SVV/0814

Oberbürgermeister, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie

Herr Kolesnyk stellt die vorliegend Drucksache zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Beantragung der Mitgliedschaft der Landeshauptstadt Potsdam, vertreten durch die Fachbereichsleitung des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie, im AFET Bundesverband für Erziehungshilfe e.V.

Abstimmungsergebnis:
mehrheitlich angenommen.

zu 6.6 Krippen- und Kindergartenplätze in Babelsberg

Vorlage: 18/SVV/0889

Fraktion SPD

Herr Kolesnyk bringt den Antrag ein und begründet diesen. Er betont, dass es in dem Antrag um die Sicherung von Flächen für die Schaffung von zusätzlichen Kita-Plätzen geht und ergänzt den Antrag entsprechend.

Herr Otto weist darauf hin, dass die Flächensuche durch die Landeshauptstadt Potsdam bereits erfolgt. Er schlägt vor, den Antrag zurückzustellen und sich die Entwicklung der Kinderzahlen vorstellen zu lassen.

Herr Wollenberg spricht sich dafür aus, eine integrierte Kita- und Schulentwicklungsplanung voranzutreiben. Darauf sollte sich die Verwaltung

konzentrieren. Er spricht sich gegen die Erteilung von Einzelaufträgen aus.

Herr Dr. Pokorny betont, dass die integrierte Kita- und Schulentwicklungsplanung durchgeführt wird. Diese soll mittel- und langfristig aufgestellt werden.

Herr Kolesnyk weist darauf hin, dass es sich hier um einen bereits bestehenden Stadtteil handelt, der großen Zuwachs durch Lückenbebauung bekommen wird. Die Bevölkerungsprognose der Landeshauptstadt sagt allein für Babelsberg Süd einen Zuwachs um 4.500 Menschen voraus. Die letzten freien Flächen werden derzeit beplant oder die Planung ist in Vorbereitung. Es bestehe daher jetzt Handlungsbedarf.

Frau Dr. Müller unterstützt die Ausführungen von Herrn Wollenberg, sich auf eine Planung für die gesamte Stadt zu konzentrieren und nicht einen einzelnen Stadtteil zu betrachten.

Herr Liebe weist darauf hin, dass in Babelsberg auch Hortplätze fehlen. Er spricht sich ebenfalls für eine Gesamtplanung aus.

Herr Kolesnyk bittet um Abstimmung darüber, dass die Drucksache zurückgestellt und im Unterausschuss Jugendhilfeplanung beraten wird.

**Abstimmungsergebnis:
mehrheitlich angenommen.**

Somit wird der Antrag zurückgestellt.

zu 7 Offene Themen aus dem Jahr 2018

Herr Kolesnyk weist darauf hin, dass die erste Arbeitssitzung der Stadtverordnetenversammlung nach der Kommunalwahl, in der die Ausschüsse gebildet werden, erst Anfang August stattfindet. Somit kann sich der neue Jugendhilfeausschuss frühestens Ende August 2019 konstituieren.

Er bittet um eine Verständigung darüber, welche Themen noch in diesem Jugendhilfeausschuss beraten und welche an den „neuen“ Jugendhilfeausschuss übergeben werden sollen.

Herr Weyh schlägt vor, dass sich in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses die Regionale Jugendhilfe AG 1 vorstellt.

Herr Ströber hält es für sinnvoller, die Arbeit der Regionalen Jugendhilfe AG's insgesamt vorzustellen, wenn die gemeinsame Runde stattgefunden hat.

Herr Kulke schließt sich dem an und schlägt vor, die Arbeit der Regionalen Jugendhilfe AG's dann im neuen Jugendhilfeausschuss vorzustellen.

Frau Parthum bittet um Präsentation der Arbeit der Adoptionsvermittlungsstelle im Jugendhilfeausschuss.

Folgende Themen werden an den neuen Jugendhilfeausschuss übergeben:

- Jugendhilfeplan
- Ergebnis Qualität vor Ort - Kinder mit besonderen Bedarfen Kita
- Qualitätsleitfaden Kita und Kindertagespflege
- Konzepte andere Angebote Kindertagesbetreuung

- LQEV-Sachstandsbericht
- Vorstellung des Familienbegrüßungsdienstes
- Vorstellung gemeinsame Fachstelle Pflegekinderdienst (*sollte Ende 2019 erfolgen*)
- Finanzierungsgrundlage Eltern- und Familienberatungsstellen (*Laut Aussage von Frau Reisenweber handelt es sich um eine langfristige Aufgabe, die 2019 nicht abgearbeitet werden kann.*)
- Gruppenprophylaxe in Kita und Schule „Kita mit Biss“

Folgende Themen werden bis zur Kommunalwahl bearbeitet:

- Wachsende Stadt – Vorstellung des Planungsbüros im Jugendhilfeausschuss
- Vorstellung des Zeitplans zur Fortschreibung KitaFR

Zur Matrix Auswahlverfahren erfolgt eine Verständigung im Unterausschuss Jugendhilfeplanung anhand der u.a. von der Reg AG 1 angesprochenen Punkte. Es wird einen Vorschlag geben, wie damit weiter verfahren wird.

zu 8 Sonstiges

Nächster Jugendhilfeausschuss: 21. Februar 2019 2018, 16:30 Uhr

David Kolesnyk
Ausschussvorsitzender

Martina Spyra
Schriftführerin